PB.S-01-762-4

Kapitel 3: Solidarität sichern

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Ann-Sophie Bohm (KV Weimar-Stadt)

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 761 bis 763:
gemeinschaftliche Leben in den Kommunen und auf das Vertrauen in den Staat. Wir wollen die Gemeindefinanzen besser und krisenfester aufstellen. ~~Dazu gehört~~Dafür wollen wir die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickeln, die alle Wirtschaftstreibenden einbezieht, die von kommunaler Infrastruktur profitieren. Durch eine Verrechnung mit der Einkommens- beziehungsweise Körperschaftssteuer fällt die steuerliche Belastung jedoch insgesamt nicht höher aus. Außerdem braucht es eine faire Unterstützung bei den kommunalen Altschulden und bei gemeindlichen Corona-bedingten Steuerausfällen. Wir

Begründung

Kommunen beziehen einen wichtiger Teil ihrer Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Diese wird jedoch nur für einen Bruchteil der ortsansässigen Betriebe fällig, nämlich vor allem für die produzierenden und verarbeitenden Gewerbe. Zahlreiche Wirtschaftstreibende, darunter Freiberufliche wie Ärzt*innen, Ingenieur*innen oder Anwält*innen, zahlen ihre Steuern direkt an den Bund, nur Teile davon erreichen die Kommunen über den Finanzausgleich. Auch von Zweigstellen von Unternehmen profitieren die Kommunen finanziell zu wenig. Alle nutzen jedoch die kommunale Infrastruktur und sollten daher auch zu ihrer Finanzierung beitragen. Eine kommunale Wirtschaftssteuer erhöht nicht die Steuerbelastung, da sie mit der Einkommens- beziehungsweise Körperschaftssteuer verrechnet wird. Vielmehr wird eine andere Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vorgenommen. Kommunen sollen dabei stärker von der vor Ort stattfindenden Wertschöpfung profitieren, da sie auch die Hauptlast der Infrastrukturbereitstellung vor Ort tragen. Durch eine Reform der Gewerbesteuer können Kommunen eigenverantwortlicher und selbstständiger agieren, werden finanziell leistungsfähiger und weniger abhängig von Zuweisungen von Land und Bund.

weitere Antragsteller*innen

Stephan Ostermann (KV Ilm-Kreis); Susanne Martin (KV Jena); Justus Heuer (KV Jena); Enja Knipper (KV Weimar-Stadt); Sebastian Götte (KV Weimar-Stadt); Thomas Schaefer (KV Erfurt); Daniel Schmidt (KV Weimar-Stadt); Marcus Neumann (KV Erfurt); Heiko Knopf (KV Jena); Susan Sziborra-Seidlitz (KV Harz); Thorge Babbe (KV Chemnitz); Astrid Rothe-Beinlich (Erfurt KV); Andreas Hundertmark (Wartburgkreis/Stadt Eisenach RV); Bernhard Bystron (KV Rosenheim); Matthias Schlegel (KV Ilm-Kreis); Jasper Robeck (KV Erfurt); Dennis Helmich (KV Halle); Christoph Nonnast (KV Jena); Michael Hoffmeier (KV Eichsfeld); Isabell Christin Welle (KV Jena); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Michael Hörl (KV Rosenheim); Bärbel Fiedler (KV Weimar-Stadt); Andreas Leps (KV Weimar-Stadt)